

Forschungs-, Technologie- und Telekommunikationspolitik

JÜRGEN TUREK

Die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten müssen und wollen wettbewerbsfähiger werden. Dies wird etwa deutlich durch ihre Initiative zur Schaffung eines „Europäischen Forschungsraums“ (EFR) vom Januar 2000 und die Erklärung des Lissaboner Sondergipfels vom März 2000, „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“. Angesichts der großen Bedeutung von technologischen Innovationen und Spitzenforschung für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes oder einer Region hat sich deshalb auch die Diskussion über die Zukunft und Qualität der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik vertieft. Vor diesem Hintergrund nahm die Europäische Kommission am 21. Februar 2001 nach Konsultationen mit den Nationalstaaten, der Industrie und der Forschergemeinde einen Vorschlag für das 6. Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung 2002-2006 an, welches den höheren Anforderungen des europäischen Forschungsraums und den Ambitionen des Lissaboner Gipfels gerecht werden soll. Das noch laufende 5. Rahmenprogramm 1998-2002 wurde mit mehreren tausend Projekten fortgesetzt und durch neue Forschungsvorhaben im konzeptionellen Sinne des Forschungsraums ergänzt.¹

Form und Inhalt des 6. Rahmenprogramms sind aber nicht nur eine Reaktion der EU auf neue Herausforderungen der industriellen und wissenschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Europas. Das Programm berücksichtigt auch eine fünfjährige Evaluation der europäischen Forschungspolitik durch eine Gruppe unabhängiger Sachverständiger, der Majó-Kommission. Die Kommission unter dem Vorsitz des ehemaligen spanischen Industrieministers Joan Majó hatte in ihrem Bericht 2000 moniert, dass die Forschungs- und Technologiepolitik der EU nicht effizient genug sei, dass zu wenige Mittel zur Verfügung stünden und dass sie an ihrem überzogenen Verwaltungsaufwand und den aufwendigen Vorschriften für Unternehmen und Forschungseinrichtungen kranke.² Das 6. Rahmenprogramm bricht deshalb in puncto Ziele, Geltungsbereich und Mittel für seine Durchführung bewusst mit dem Aufbau der bisherigen Rahmenprogramme. Der Haushaltsmittelantrag sieht 17,5 Mrd. Euro vor, was einem nominellen Anstieg von 17% gegenüber dem früheren Programm entspricht. Ziel ist eine „stärkere Ausrichtung auf Fragen von europäischer Bedeutung und eine bessere Integration der Forschungsanstrengungen auf der Grundlage einer vertieften Partnerschaft zwischen den Akteuren des Forschungsraums.“³ Das neue Programm erfasst drei Bereiche, die das Konzept des europäischen Forschungsraums illustrieren: Integration der Forschung, Strukturierung des europäischen Forschungsraums und Stärkung der Grundlagen des Forschungsraums.

Für die Integration der Forschung sind Maßnahmen vorgesehen, die als Katalysator dienen und durch die Bildung von „Exzellenznetzen“ (Spitzenforschungsnetzen) unterstützt werden sollen. In diesen Netzen sollen die besten Forschungskapazitäten der Regionen Europas gebündelt werden mit dem Ziel, gemeinsame Forschungsprogramme durchzuführen. Spitzenforschungsnetze im europäischen Maßstab sollen auch öffentliche und privatwirtschaftliche Kooperationen in größerem Maße einbeziehen.⁴ Die Strukturierung des europäischen Forschungsraums sieht vor, die Verbindungen zwischen theoretischer Forschung und unternehmerischer Praxis zu stärken und den Personalbestand an qualifizierten Forschern in Europa zu stärken. Schließlich sollen die Forschungsinfrastruktur kohärent entwickelt sowie die Beziehungen zwischen Wissenschaft und staatlichem Handeln gefestigt werden. Zur Stärkung der Grundlagen des Forschungsraums zählen insbesondere eine bessere Koordination der Forschungsarbeiten auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene sowie eine stärkere Antizipation des zukünftigen Wissenschafts- und Technologiebedarfs der europäischen Politik. Das Programm sieht vor, die Unterstützung der EU auf wenige vorrangige Bereiche zu konzentrieren, in denen der gemeinschaftliche Zusatznutzen eindeutig nachgewiesen ist.

Das sind: Genomik und Gesundheit, Technologien für die Informationsgesellschaft, Nanotechnologien, intelligente Materialien, neue Produktionsverfahren, Luft- und Raumfahrt, Lebensmittelsicherheit, nachhaltige Entwicklung und globale Veränderung sowie Bürger und modernes Regieren.

Forschungs- und Technologiepolitik

Neben dem Vorschlag für das neue Rahmenprogramm 2002-2006 erhielt der europäische Forschungsraum durch intensivierte Forschungsk Kooperationen innerhalb des noch laufenden 5. Rahmenprogramms und neue Projekte mehr Kontur. Dabei haben sich nach Angaben der Europäischen Kommission Anstrengungen auf regionaler, nationalstaatlicher und europäischer Ebene gegenseitig bereits besser ergänzt als früher.⁵ Das 5. Rahmenprogramm war im Vergleich zum 4. Rahmenprogramm 1994-1998 selbst schon Gegenstand einer modifizierten Forschungspolitik der EU. Es versuchte in den Teilbereichen „Lebensqualität und Management lebender Ressourcen“, „wettbewerbsorientiertes und nachhaltiges Wachstum“, „Energie, Umwelt und nachhaltige Entwicklung“, „Sicherung der internationalen Stellung der Gemeinschaftsforschung“, „Förderung der Innovation und der Einbeziehung von KMU (Kleine und Mittlere Unternehmen)“ sowie „direkte Aktionen der GFS (Gemeinsame Forschungsstelle) für die Europäische Gemeinschaft“ stärkere Impulse für die gemeinschaftliche Forschung zu stimulieren. Die EU förderte in diesem Kontext einerseits naturwissenschaftliche Projekte, etwa der Informationstechnologien, der Robotik, der Medizintechnik, der Werkstofftechnologien, der Luftfahrt, der Meerestechnologien, der Kernenergie oder der Umwelt- und Biotechnologien; andererseits war im Gegensatz zu früher die Förderung sozialwissenschaftlicher Themen stärker ausgeprägt, so etwa im Rahmen von Forschungsarbeiten über die Rentenpolitik oder die Nachhaltigkeit der sozialen Sicherungssysteme.⁶ Darüber

hinaus standen der Aufbau von Forschungs Kooperationen mit den Bewerberländern in Ostmitteleuropa und eine Evaluation der Gemeinsamen Forschungsstelle der EU im Zentrum der europäischen Forschungspolitik.

Informationsgesellschaft und Telekommunikation

Zur Umsetzung der Strategie von Lissabon fuhr die Europäische Kommission mit der Durchführung des im Jahr 2000 verabschiedeten Aktionsplans „eEurope 2002 – Eine Informationsgesellschaft für alle“ fort. Im Kern geht es hierbei um die Führung der Bürger und Unternehmen ins neue Digitalzeitalter sowie die Überwindung von Problemen, die der Durchführung dieser Initiative vor allem auf dem Gebiet der Netz- und Informationssicherheit im Wege stehen. Zu letzterem hoben die Fachminister der EU auf der Konferenz „eGovernment – Von der Politik in die Praxis“, die die Kommission mit der belgischen Präsidentschaft am 29./30. November 2001 veranstaltete, insbesondere die Bedeutung der Sicherheit, des Vertrauens und der Qualität von öffentlichen Dienstleistungen hervor. Ferner legte die Kommission eine Mitteilung über die Zwischenbewertung zur Durchführung des vom Rat und dem Europäischen Parlament am 25. Januar 1999 angenommenen Aktionsplans zur Förderung der sichereren Nutzung des Internets durch die Bekämpfung illegaler und schädlicher Inhalte vor. Darin unterstrich sie, dass die einschlägigen Maßnahmen angesichts der gewachsenen Bedeutung dieses Mediums nichts von ihrer Aktualität verloren haben, schlug aber vor, künftig auch neuartige Formen des Internetzugangs sowie die Art der Interaktion zwischen den Nutzern zu berücksichtigen.⁷ Als Antwort auf eine Aufforderung des Europäischen Rats von Stockholm legte die Kommission diesbezüglich am 6. Juni 2001 eine Mitteilung über die Sicherheit der Netze und Informationen vor, mit der sie konkrete Einzelmaßnahmen vorgeschlagen hat. Dazu gehören eine öffentliche Informations- und Sensibilisierungskampagne, ein europäisches Warnsystem und die Verbesserung der Sicherheit in den öffentlichen Verwaltungen.⁸ Der Rat konnte auch eine politische Einigung im Hinblick auf einen gemeinsamen Standpunkt zum Vorschlag für eine Richtlinie über den Schutz der Privatsphäre im Bereich der elektronischen Kommunikation erzielen. Darüber hinaus wurde die Reform des Rechtsrahmens für die Telekommunikation in Europa fortgesetzt. Nach Aussage der Europäischen Kommission waren Ende 2001 die meisten der Hauptziele von eEurope erreicht oder so gut wie erreicht. Dies galt insbesondere hinsichtlich der Annahme der Reform des rechtlichen Rahmens für das Telekommunikationswesen.

Der europäische Forschungsraum und die Strategie von Lissabon

Das 6. Rahmenprogramm muss im weiteren Sinne als ein Baustein einer nachhaltigen europäischen Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik begriffen werden. Es kann also nur in begrenztem Maße dazu beitragen, die politischen Ziele der Strategie von Lissabon zu realisieren. In diesen weiter gesteckten Rahmen gehört auch die Schaffung eines vitalen europäischen Forschungsraums. Diese Initiative war und ist angesichts der weltwirtschaftlichen Dynamik, des technologischen Fortschritts und

DIE POLITIKBEREICHE DER EUROPÄISCHEN UNION

der forschungspolitischen Anstrengungen anderer Wettbewerber auf dem Globus ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Aber noch steht das Monitum der Majó-Kommission im Raum und es bleibt abzuwarten, ob Forschungsraum und Umsetzung des 6. Rahmenprogramms die von diesem Gremium beanstandeten Friktionen europäischer Forschungspolitik wirklich kompensieren. Das Rahmenprogramm greift zumindest wesentliche Forderungen der Majó-Kommission auf. So hatte sie gefordert, dass der Anteil der Forschungspolitik am BSP in den kommenden zehn Jahren um mindestens ein Drittel – auf 3% – steigen müsse. Das entspräche etwas mehr als dem Niveau in den USA (2,8%) und Japan (2,9%). In ihren Empfehlungen setzten sich die Sachverständigen ferner dafür ein, eine europäische Forschungsstrategie ins Leben zu rufen, die die Forschungsförderung enger mit den übrigen Gemeinschaftspolitiken verzahnt und eine bessere Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten ermöglicht. Die Erhöhung des Budgets um 17% greift die Forderung nach einer besseren Mittelausstattung auf. Am 26. Juni 2001 wurde dem Rat die erste vergleichende Analyse der Forschungspolitiken der einzelnen Mitgliedstaaten vorgelegt, was eine bessere Koordination der Forschung in Europa ermöglicht und kostspielige Parallelforschung zu vermeiden hilft. Auch dies weist auf konstruktive Reaktionen hin. Dies sind Signale, dass die Konsequenzen von Globalität und technologischem Wandel stärker denn je auch als Herausforderungen europäischer Forschungs- und Technologiepolitik begriffen werden. FTE-Politik kann dabei aber nur in einem geeigneten Konzert mit weiteren politischen Instrumenten zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit beitragen, etwa im Bereich der Bildungs-, Arbeitsmarkt- oder Industriepolitik. Auch darauf hat die Majó-Kommission hingewiesen. Denn Wettbewerbsfähigkeit ist das Resultat des komplexen Wirkens von funktionierenden Märkten und gestaltender Politik. Dies lässt eine isolierte Bewertung technologischer oder forschungspolitischer Aktionen und Programme nicht zu, will man die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit im Ganzen steigern.

Anmerkungen

1. Vgl. Europäische Kommission (Hrsg.): Gesamtbericht über die Tätigkeit der EU 2001, Brüssel/Luxemburg 2002, S. 120.
2. Vgl. Evaluationsbericht der Majó-Kommission: Conclusions of the Five Year Assessment of the Framework Programs of Research and Technology Development 1995-1999, COM 6.-18.1.2000; auch <http://www.europa.eu.int/comm/research/area.htm>. („Towards an European research area“ (pdf-file, S. 14 – 19).
3. Tätigkeitsbereiche der Europäischen Union, Forschung und Innovation, in: <http://www.europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/i23000.htm>.
4. Vgl. ebd.
5. Europäische Kommission (Hrsg.): a.a.O., S. 121.
6. Vgl. ebd., S.124.
7. Vgl. ebd., S.135.
8. Vgl. ebd., S.136.

Weiterführende Literatur

- Europäische Kommission: Gesamtbericht über die Tätigkeiten der EU 2001, Brüssel/Luxemburg 2002.
- Dies.: EU: Forschungsraum Europa, Reihe: Europa in Bewegung, Luxemburg 2000.
- Turek, Jürgen: Forschungs-, Technologie- und Telekommunikationspolitik, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration, Bonn 1993ff.
- Ders.: Forschungs- und Technologiepolitik. Studienbrief des Fachhochschul-Fernstudienverbands der Länder, Berlin 2001.